

# Sparpaket: Jetzt bitte dranbleiben!

Gesundheitskosten: Vorschläge der «Gruppe Ineichen» könnten den Durchbruch bringen



HANS FAHRLÄNDER

Nächste Woche beugt sich die nationalrätliche Gesundheitskommission wieder einmal über Aktenstöße, um – begleitet von Parteien-, Experten- und Lobbyisten-Gezänk – nach einem tragbaren Kompromiss zur Plafonierung der Gesundheitskosten zu suchen (von Senkung getraut sich niemand mehr zu reden). Die Rahmenbedingungen gegenüber den letzten Versuchen haben sich einerseits verschärft, andererseits erweitert: Verschärft, weil für 2010 ohne griffige Gegenmassnahmen ein veritabler Prämienschock droht. Erweitert, weil der Kommission diesmal nicht nur Vorschläge des Bundesrates vorliegen, sondern auch solche aus den eigenen Reihen: Elf Gesundheitspolitikerinnen und -politiker aus beiden Räten, nach ihrem Initiativen «Gruppe Ineichen» genannt, haben eine Reihe von Sparideen auf den Tisch gelegt (MZ von gestern), die in ersten Reaktionen recht positiv aufgenommen worden sind, positiver jedenfalls als die Bundesratsvorschläge mit der chancenlosen Praxisgebühr. Ihr Sparpotenzial liegt zudem dreimal höher als beim Bundesratspaket: bei anderthalb statt «nur» bei einer halben Milliarde Franken. Käme es als Ganzes durch, könnte der Prämienaufschlag für 2010 praktisch halbiert werden. Aufhorchen lässt vor allem die Zusammensetzung der Gruppe. Man könnte sie auch «Frauen-Power-Gruppe» nennen, denn tonangebend sind mit Ruth Humbel (CVP), Erika Forster (FDP), Simonetta Sommaruga (SP), Verena Diener (Grünliberale), Christine Eggerszegi (FDP) und Jacqueline

Fehr (SP) prominente Gesundheitspolitikerinnen. Noch wichtiger aber: Alle grossen Parteien sind in der Gruppe vertreten, mit Toni Bortoluzzi auch der Gesundheitsspezialist der grössten Fraktion, der SVP. Mit dem Vorschlag, beim direkten Gang zum Spezialisten sei ein höherer Selbstbehalt zu zahlen, will die Gruppe das Hausarztmodell stärken. Weitere Sparideen: Eine Rabattstufe bzw. höhere Franchise soll nur noch dauerhaft gewählt und nicht vor einem teuren Eingriff reduziert werden können. An die «Hotellerie» im Spital sollen sich die Patienten mit 15 Franken pro Tag beteiligen. Leute, die sich Zusatzversicherungen leisten, sollen keine Prämienverbilligung erhalten. Die Jagd der Krankenkassen nach «guten Risiken» soll erschwert werden. Der Bund soll Eckwerte für die Tarifgestaltung festlegen können. Und: Wählt ein Patient ein teureres Medikament, wo es günstigere mit identischer Wirkung gibt, soll er die Differenz selber bezahlen. Skeptiker – oder Realisten – werden nach den Erfahrungen der letzten Jahre einwerfen: «Ach Gott, solche Pakete hatten wir schon viele, und alle sind im Interessenstreit zerzaust worden. Auch dieses Paket produziert schliesslich Verlierer, die sich wehren werden.» Anders als bisher ist indessen die breite politische Abstützung. Nun liegt es an den Parlamentskammern: Stützen sie das Paket aus den eigenen Reihen, rücken die Parteien von Maximalforderungen ab und lassen die Zerzaugung durch Lobbyisten nicht zu, sind erste Erfolge im «Nach-Couchepin-Zeitalter» durchaus möglich. hans.fahrlander@azag.ch

## Karika-Tour



# Staatsfernsehen: Chaos

Die SRG braucht einen neuen Generaldirektor



**Gastautoren ausser in ihren Beiträgen ihre persönliche Meinung. Heute: Natalie Rickli, 32, ist SVP-Nationalrätin und war vorher Gemeinderätin in Winterthur und Zürcher Kantonsrätin. Beruflich ist sie Bereichsleiterin in einer On-line-Media-Agentur.**

NATALIE RICKLI  
Kaum ein Tag vergeht, an dem die SRG nicht Schlagzeilen produziert: Konzeptlose Personalentscheide, Führungs- und Organisationsprobleme, Gerichtsprozesse über verunglückte Sendungen, Verletzungen der Sponsoring-Richtlinien, Forderungen nach Mehreinnahmen und Kritik am Programm prägen das Bild. Die SRG präsentiert sich derzeit als verkorkste Reorganisationsbaustelle: Der desig-

nierte neue Radiodirektor wollte offenbar gar nie Radiodirektor werden, und der interimistisch vorgesehene Fernsehleiter ist wegen beruflicher Fehlleistungen rechtskräftig verurteilt. Generaldirektor Armin Walpen versucht verzweifelt, sein Erbe zu retten. Die Zustimmung des orientierungslosen Verwaltungsrats ist ihm dabei sicher. Die restlichen Organe der SRG sind intransparent oder haben nichts zu sagen. Wo sie sich zu Wort melden, wie in der Ostschweiz, reklamieren sie. Ein trauriges Bild, das die SRG heute abgibt.

Dass es so weit kommen musste, ist klar: Bei der Beratung des neuen Radiou- und Fernsehgesetzes (RTVG) hat die SRG alles daran gesetzt, ihre Position als gebührenfinanziertes Monopolmedium auszubauen. Sie betreibt heute 18 Radio- und 9 Fernsehprogramme. SF Info war als Wiederholungskanal gedacht, ist aber heute zum Vollprogramm mutiert. Ein Beispiel: Sonntag, 7. Juni, nachmittags: auf SF Info läuft die Liveübertragung des Tennis-Finals aus Paris, auf SF 2 die Liveübertragung Reitsport (CSIO Schweiz 2009) und auf SF 1 das normale Programm «Horizon-

»). Statt die vorhandenen Gelder – 1,12 Milliarden Franken Zwangsgebühren plus Werbeeinnahmen – gezielt für Service-public-Leistungen einzusetzen, wurden SF und SR DRS zu dominierenden, nationalen Staatssendern ausgebaut. Der Geldbedarf ist enorm. Das Problem: Niemand hat die SRG beauftragt, ihr Unterhaltungsprogramm so auszubauen, dass die Informationsprogramme immer dünner werden und private Veranstalter immer weniger Platz haben. Am besten halten sich noch die Informationssendungen von Radio DRS. Mit gutem Grund haben sich die Radioredaktionen gegen eine Eingliederung ins Fernsehen gewehrt. Ihre Berichterstattung ist nach wie vor verlässlicher und seriöser als beispielsweise die unvollständigen und oft wenig professionellen «Infotainment»-TV-Beiträge von «10 vor 10». Einblender wie «Toni Maurer, Präsident SVP» sind schlicht und einfach peinlich. So geschehen in «10 vor 10» vom 12. Juni.

Als «oberflächlich, schnell und häufig unverständlich» bezeichnet die Zeitschrift «Saldo» die Tagesschau. Kein Wunder, ist die SRG derzeit in allen Medien – ausser den SRG-Programmen – Thema. Erfahrene Stimmen aus der Branche kritisieren sie und werfen Ar-

**Generaldirektor Walpen versucht verzweifelt, sein Erbe zu retten, die Zustimmung des orientierungslosen Verwaltungsrates ist ihm dabei sicher**

min Walpen Führungsschwäche vor – vor allem im Bezug auf das «Konvergenz-Projekt». Roger Schawinski in der «Sonntagszeitung» vom 14.6.09: «Doch statt Konvergenz produziert der irrlich-ternde Walpen nur ständig neue Konfusion.» Markus Gisler in der gleichen Ausgabe: «Dem fehlenden Wettbewerb ist es zu verdanken, dass die SRG in einer eklatanten Führungsschwäche steckt.» Und Kurt W. Zimmermann schreibt: «Armin Walpen ist gross, wenn es um Politik geht. Er ist untauglich, wenn es um Betriebswirtschaft geht» («Weltwo-

che», 11.6.09). Zimmermann weiter: «All dies war nur durchsetzbar dank Walpens politischem Talent. Er tat es mit der klassischen politischen Methodik: mischeln, päckeln, lobbyieren.» Heute nimmt die SRG privaten Medien fast jede Existenzgrundlage. Das Parlament hat sich bei der letzten RTVG-Revision von der SRG über den Tisch ziehen lassen. Aber auch die Verleger; sie erlagen der Verlockung staatlicher Gebührenanteile (lächerliche 4%) – ein fataler Fehler. Die Politiker meinten Gutes zu tun, als sie alle liberalen Grundsätze über Bord warfen und den Privaten Gelder zusprachen, gleichzeitig aber auch Sendeberechtigungen und umfassende Leistungsaufträge erteilten. Sie meinten Gutes zu tun, weil die (meisten) Verleger ihre Regionalpolitiker inständig darum gebeten haben.

Erstaunlicherweise sieht das Departement Leuenberger bei der SRG keinen Diskussions- und Handlungsbedarf. Das Programm sei gut, kein Privater könne ähnliche Leistungen wie die SRG erbringen. Klar – dafür bekommt sie ja auch Zwangsgebühren in Milliardenhöhe! Und die SRG laufe Gefahr, ihren Auftrag nicht mehr erfüllen zu können, denn sie habe ein Einnahmeproblem. Das letztjährige Defizit von 79 Millionen Franken ist kein Thema, und warum Walpen für diese Fehlleistung 9000 Franken mehr verdient hat (im Jahr 2008 549000 Fr.), bleibt ebenfalls unklar.

Die SRG hat sich in den letzten Jahren weit von ihrer Kernkompetenz weg bewegt und in vielen Bereichen bloss noch gebührenfinanzierte Marktbelegung betrieben. Der Architekt dieser Strategie, Generaldirektor Walpen, ist mit seiner Konstruktion gescheitert. Das Konvergenzprojekt hat Schiffbruch erlitten, der Programmausbau hat zu Qualitätsverlust geführt, und in Personalfragen wird zu hastig und unprofessionell entschieden. Darum muss der Generaldirektor seinen Sessel räumen und neuen Kräften Platz machen, welche die SRG aus diesem selbst produzierten Schlamassel ziehen. Statt eines neuen Superdirektors brauchen wir zuerst einen neuen Generaldirektor.

# Iraner überlisten Big Brother

Mit Hilfe des Internetdienstes Twitter hebt die Opposition die staatliche Zensur aus



CHRISTIAN NÜNLIST

Es ist der erste seriöse Praxistest des noch jungen Onlinedienstes Twitter. Zwar hatten auch bereits im April junge Moldawier ihre anti-kommunistischen Proteste mithilfe von Twitter organisiert und den Begriff «Twitter-Revolution» geprägt. Doch erst in den letzten Tagen wurde die ganze Welt auf das «Zwitscher»-Netzwerk so richtig aufmerksam. Denn die kurzen Texte auf Twitter sind seit der Zensur der iranischen Mullahs für die interessierte Weltöffentlichkeit die einzige Möglichkeit, Details über das Chaos auf den Strassen von Teheran zu erfahren. Das Regime versuchte zwar, das Internet im ganzen Land lahmzulegen. Doch Twitter lässt sich nicht so einfach abschalten; Zensur ist kaum mehr durchsetzbar. Die Iraner sind Technikfreaks: sechs von zehn Iranern haben ein Handy-Abonnement und in Iran gibt es mehr Computer und Internetbenutzer als in Griechenland. Dank den neuen Technologien ist es der Opposition überhaupt erst gelungen, ihre spontanen Demonstrationen zu organisieren sowie massive internationale Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu generieren. Die mutigen Iraner schreiben damit womöglich Geschichte: 30 Jahre nachdem Revolutionsführer Ajatollah Chomeini via Tonkassetten die Massen erreichte, stürzen nun womöglich die «Zwitscherer» in Teheran eine Diktatur. Die Internet-Generation greift nach der Macht: Nachdem die Amerikaner nicht zuletzt auch dank Facebook Barack Obama zum Präsidenten wählten, organisieren die Iraner derzeit ihre «Grüne Revolution» primär via Twitter und umgehen so die Macht des Big Brother. Das Wort «Internet-Revolution» erhält dadurch eine ganz neue Bedeutung.

christian.nuenlist@azag.ch